

A7 Hier geht's weiter: Demokratie, Finanzen und Verwaltung

Antragsteller*in: Geschäftsführender Ausschuss Friedrichshain-Kreuzberg

Text

2481 **Das „liebe“ Geld... - Haushalt und Personal**

2482 Das bisschen Haushalt... ist ein oft unterschätztes und nur vermeintlich trockenes
2483 Thema. Dabei ist der Bezirkshaushalt in Zahlen gegossene Politik. Nur wenn an
2484 den richtigen Stellen genug Geld vorhanden ist, lassen sich die vielen Projekte
2485 und Ideen dieses Wahlprogramms auch umsetzen.

2486 Egal, ob es um den Schutz vor Verdrängung durch Ausübung des Vorkaufsrechts
2487 geht, den Bau von geschützten Radstreifen und sicheren Kreuzungen oder auch nur
2488 um den zeitnahen Termin für den neuen Personalausweis – ohne eine auskömmliche
2489 Finanzausstattung und eine gut aufgestellte Verwaltung mit ihren motivierten
2490 Mitarbeiter*innen läuft nichts in den Bezirken. Die Folgen der
2491 zukunftsvergessenen Sparpolitik der früheren Regierungskoalitionen aus SPD,
2492 Linkspartei und CDU spüren wir bis heute! Auch wenn es in den letzten Jahren
2493 gelungen ist Strukturen (wieder oder ganz neu) aufzubauen und es daher an vielen
2494 Stellen schon viel weniger „quietscht“.

2495 Die Coronakrise hat die Finanzlage Berlins um mehrere Milliarden Euro
2496 verschlechtert und die mehrjährige Schuldentilgungsphase in wirtschaftlich gut
2497 laufenden Jahren beendet. Uns allen stecken noch die harten Sparjahre vor 2016
2498 in den Knochen, die zuvorderst Einsparungen bei den Bezirken gebracht haben. Das
2499 darf sich nicht wiederholen. Die Lasten der finanziellen Situation des Landes
2500 Berlin, bedingt etwa durch Steuerausfälle oder das Abtragen der wieder erhöhten
2501 Verschuldung, dürfen nicht erneut auf die Bezirke abgewälzt werden.

2502 Friedrichshain-Kreuzberg kann keine Steuern erheben oder Kredite aufnehmen und
2503 selbst kaum Einnahmen generieren. Auch bei unseren Ausgaben haben wir wenig
2504 Spielraum. Über 90% des Bezirkshaushaltes sind feste Pflichtausgaben, die im
2505 Auftrag vom Land Berlin oder dem Bund getätigt werden, für z.B. Kitas,
2506 Sozialhilfe, Wohngeld, Hilfe zur Erziehung oder zur Pflege. Der Bezirk ist
2507 finanziell abhängig vom Land Berlin. Wenn wir also etwas ändern
2508 wollen, geht es fast immer nur in Zusammenarbeit mit der Landesebene, die
2509 ebenfalls kommunale Aufgaben wahrnimmt. Die Finanzierung der Bezirke erfolgt
2510 über eine Globalsummenzuweisung und über Sonderzuweisungen des Landes und
2511 weitere Drittmittel. Über die Verteilung der Globalsumme entscheidet die BVV auf
2512 Basis eines Entwurfs des Bezirksamts. Wir wollen, dass alle Sondermittel, die
2513 vom Land Berlin vergeben werden, in die Globalsumme überführt und damit
2514 transparent und demokratisch-steuerbar gemacht werden. Die Höhe der Globalsumme
2515 wird nach der sogenannten Kosten-und-Leistungsrechnung (KLR) bestimmt. Dieses
2516 ebenso komplexe wie intransparente, teils sinnwidrige Finanzierungsmodell ist
2517 eigentlich ein Controllinginstrument und treibt die Bezirke in eine Konkurrenz
2518 um die billigste Lösung. Das kann in einigen Bereichen sinnvoll sein aber führt
2519 so umfassend angewendet in absurde Situationen. Finanziell belohnt wird

2520 beispielsweise, wer als Bezirk möglichst viele Schüler*innen auf möglichst wenig
2521 Raum in einer nicht-sanierten Schule mit geringem Gebäudewert unterbringt und
2522 wenig Geld für Reinigung ausgibt. Wer dagegen mehr Raum pro Schüler*in in
2523 gepflegten, sauberen und einem guten Unterricht förderlichen Gebäuden zur
2524 Verfügung stellt, wie es etwa in Ganztagschulen dringend notwendig ist, wird
2525 mit Abzügen bestraft. In Friedrichshain - Kreuzberg verlieren wir allein wegen
2526 dieser Ungerechtigkeit im Bereich Schule real mehrere Millionen Euro.

2527 Wir fordern deshalb eine grundlegende Reformierung der KLR und ein
2528 Finanzierungsmodell für die Bezirke, das nicht allein auf Kosten, sondern
2529 gleichermaßen auf Qualität zielt und den Bezirken den Spielraum bietet, eine
2530 nachhaltige und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Politik für ihre Bürger*innen
2531 umzusetzen. Wir fordern das Abgeordnetenhaus auf, die missbräuchliche Verwendung
2532 der KLR als Steuerungsinstrument der Senatsverwaltung für Finanzen gegenüber den
2533 Bezirken zu beschränken, indem im Rahmen eines „Bezirksfinanzierungsgesetzes“
2534 die Rahmenbedingungen für Eingriffe der Senatsverwaltung klar beschränkt werden.
2535 Wir fordern, dass die Bezirke mehr finanzielle Eigenständigkeit, mehr
2536 finanzielle Spielräume und damit mehr Unabhängigkeit vom Land Berlin erhalten.

2537 **Näher dran bleiben - Bezirkliche Selbstverwaltung stärken**

2538 Seit der Gründung Groß-Berlins vor nunmehr 101 Jahren wird diskutiert, wie
2539 dieses Berlin, heute bestehend aus zwölf bezirklichen Großstädten, verwaltet und
2540 gesteuert werden soll. Und immer wieder gibt es Vorschläge oder Versuche, die
2541 Bezirke politisch zu entmachten, ihre Selbstverwaltung einzuschränken und sie zu
2542 bloßen Verwaltungseinheiten nach Hamburger Vorbild zu degradieren. Begründet
2543 wird dies zumeist damit, dass das Zusammenspiel zwischen Bezirken und Land nicht
2544 optimal funktioniere. Dass es hier Raum für Verbesserungen gibt, sehen wir auch.
2545 Aber eine „Verwaltungsreform“ sollte sich darauf konzentrieren, die
2546 Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken klar zu regeln und damit das Hin- und
2547 Herschieben der Verantwortung zu beenden. Aufgaben und Verantwortlichkeiten
2548 dürfen nur dann vom Berliner Senat an die Bezirke delegiert werden, wenn
2549 gleichzeitig die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen
2550 bereitgestellt werden. Eine Konzentration politischer Entscheidungskompetenz auf
2551 der Landesebene und ein Hineinregieren in die Bezirke lehnen wir ab. Denn jeder
2552 der 12 Bezirke ist eine Großstadt für sich. Und jede dieser „kleinen Großstädte“
2553 hat aufgrund ihrer Struktur, Bevölkerung und Geschichte ihr ganz eigenes
2554 Gesicht, ihre spezifischen Stärken und Probleme. Und nur hier vor Ort bekommen
2555 wir wirklich mit, was bei uns gebraucht wird. Das Land Berlin, dessen Parlament,
2556 Regierung und Verwaltung, sollten also für die „landesweiten“ Fragen und
2557 Strukturen zuständig sein, aber nicht in die bezirkliche Selbstverwaltung
2558 eingreifen. Die Bezirke sollten in der Wahrnehmung ihrer kommunalen Aufgaben
2559 gestärkt und nicht aus machttaktischen Überlegungen zugunsten einer
2560 überdimensionierten zentralistischen Exekutive ihrer Handlungsfähigkeit beraubt
2561 und auf bloße Verwaltungseinheiten reduziert werden. Deshalb: größere Autonomie
2562 der Bezirke in bezirklichen Fragen und eindeutige Zuständigkeit des Landes
2563 Berlin für die übergeordneten Landesangelegenheiten. Wir fordern die Einführung
2564 des „politischen Bezirksamtes“. Dies bedeutet, dass es endlich auch auf
2565 Bezirksebene eine klare Aufteilung zwischen Regierung und Opposition gibt. Die
2566 Spitze der Bezirksverwaltung - die „Regierung“ des Bezirks, also
2567 Bezirksbürgermeister*in und Stadträt*innen - soll anders als bisher nicht nach
2568 Proporz den einzelnen Parteien zugeschlagen, sondern entsprechend der Mehrheiten
2569 im Bezirksparlaments gewählt werden. Vor allem aber braucht es eine Stärkung der

2570 Rechte des Bezirksparlaments als demokratisch gewählte parlamentarisch
2571 Vertretung der Interessen der Einwohner*innen des Bezirks.

2572 **Demokratie und Transparenz: Mit Xhainer*innen Xhain**
2573 **gestalten**

2574 Eine lebendige Demokratie braucht Transparenz, Offenheit für Neues und
2575 Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Doch verständlicherweise fühlen sich
2576 viele Menschen noch immer nicht optimal über bezirkspolitische Entwicklungen
2577 informiert. Das liegt auch daran, dass Informationen oft nicht proaktiv in
2578 übersichtlicher und leicht zugänglicher Form herausgegeben werden. Eine
2579 umfangreiche Beteiligung der Bevölkerung kann nur funktionieren, wenn
2580 Einwohner*innen frühzeitig und umfangreich über ihre Möglichkeiten zur
2581 Beteiligung informiert werden. Dazu wollen wir, dass das Bezirksamt einen
2582 Newsletter herausgibt, der über sämtliche laufenden und in näherer Zukunft
2583 stattfindenden Beteiligungsverfahren in Friedrichshain-Kreuzberg informiert.
2584 Gleichzeitig sollen diese Informationen in gesammelter und übersichtlicher Form
2585 auf der Internetseite des Bezirks aufgelistet werden.

2586 Das Informationsfreiheitsgesetz verstehen wir als ein Recht, dessen Anspruch
2587 Politik und Verwaltung vollumfänglich erfüllen muss. Anfragen nach dem
2588 Informationsfreiheitsgesetz sollen durch das Bezirksamt so zeitnah und
2589 umfangreich wie möglich beantwortet werden. Wir wollen zudem prüfen, wie
2590 Informationen verstärkt allgemein und übersichtlich verfügbar gemacht werden
2591 können. Wir wollen eine Ausweitung des barrierefreien Zugangs zu den Leistungen
2592 der Verwaltung - sowohl analog im Rathaus wie auch digital, auf der Homepage des
2593 Bezirksamtes. Weiterhin braucht es eine Prüfung, inwiefern der Internetauftritt
2594 des Bezirks grundsätzlich zugänglicher und übersichtlicher gestaltet werden
2595 kann, damit Menschen sich besser, einfacher und schneller informieren können.
2596 Bei der Bereitstellung von Informationen sind Barrierefreiheit, einfache Sprache
2597 und der Bedarf nach Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen.

2598 Einwohner*innenversammlungen/Stadtteilversammlungen sind ein guter Weg, um über
2599 aktuelle Entwicklungen in den Kiezen zu informieren und gleichzeitig Anregungen,
2600 Wünsche und Kritik aus der Bevölkerung aufzunehmen. Daher wollen wir, dass diese
2601 in Zukunft häufiger stattfinden und mit kreativen und einladenden
2602 Rahmenbedingungen auch diejenigen erreichen, die sich bisher nicht angesprochen
2603 gefühlt haben. Nach erfolgreichen Beteiligungsverfahren soll länger und
2604 umfangreicher vor Ort über die Ergebnisse des Verfahrens und die Umsetzung
2605 dieser Ergebnisse durch den Bezirk – ggf. mehrsprachig - informiert werden,
2606 damit die Menschen, die dort stattfindenden Veränderungen verstehen und
2607 nachvollziehen können.

2608 Der BVV-Livestream soll auch in Zukunft angeboten und bekannt gemacht werden, um
2609 so mehr Personen zu ermöglichen, die BVV-Sitzungen mitzuerfolgen. Wir wollen in
2610 der Fraktions- und Parteiarbeit hybride Sitzungsmodelle aus Online/Offline
2611 ermöglichen und machen uns dafür stark, dass auch unabhängig von der Pandemie
2612 die Teilnahme an Ausschüssen und der BVV über digitale Wege möglich wird.

2613 Doch ob über den Zugang zur BVV oder darüber hinaus, auch in Xhain sehen wir
2614 noch viel Luft nach oben. Wir sind überzeugt: Je mehr Menschen im Bezirk
2615 konkret, vor allem bei Projekten, die eine*n selbst vor der Haustür betreffen,
2616 mitgestalten wollen und mitgestalten können, desto mehr profitiert der ganze
2617 Bezirk.